Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1930

5.9.1930 (No. 206)

Visual Library

Nr. 206 Freitag, den 5. September 1930 173. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: i. V.: E. A. Seyfried Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Reichskanzler zur Wahl

„Alle müssen ihre Pflicht tun"

WTB. **Berlin**, 5. Sept. (Tel.) Reichskanzler **Dr. Brüning** empfing heute den Chefredakteur des Wolffschen Telegraphenbüros zu einer Aussprache über die politische Lage. Hierbei beantwortete er verschiedene mit dem Wahlkampf zusammenhängende Fragen.

Frage: Wie beurteilen Sie, Herr Reichskanzler, die Aussichten der bevorstehenden Reichstagswahl?

Antwort: Wer an das deutsche Volk glaubt, wer Vertrauen zur deutschen Wirtschaft hat, wer den Arbeitswillen des Deutschen kennt und hochschätzen gelernt hat, der wird auch mit einiger Zuversicht dem 14. September entgegensehen dürfen. Ein Volk, das 12 Jahre bitterste Not ertragen hat und nicht verzweifelt ist, wird an dem Tage, an dem es berufen ist, seine Zukunft zu sichern, nicht versagen.

Hierbei muß ich allerdings eines hervorheben: Alle müssen ihre Pflicht tun. Es geht nicht an, daß, wie bei früheren Wahlen, Millionen Deutscher beiseitestehen und der Wahlurne fernbleiben. Wie Ihnen gewiß nicht unbekannt ist, ist die sog. Partei der Nichtwähler die stärkste Partei des deutschen Volkes. Beim letzten Male hatten über 10 Millionen deutscher Frauen und Männer ihre Wahlpflicht versäumt, was einen Ausfall von rund 175 Reichstagsabgeordneten bedeutet.

Das sind, wie Sie mir gewiß zugeben, geradezu **ungeheuerliche Zahlen. Die schwere Not der Gesamtheit ist die Not jedes einzelnen.** Kritik zu üben und dann, wenn es darauf ankommt, nicht positiv mitzuarbeiten, ist **gewissenlos.** In einem demokratischen Staat ist das Wahlrecht in erster Linie **Wahlpflicht.** Wer diese Pflicht nicht erfüllt, verfälscht das Bild des Volkswillens. Diejenigen, die am abfälligsten über das Versagen des letzten Reichstages geurteilt haben, mögen sich die Frage vorlegen, **ob nicht gerade sie es waren, die aus Bequemlichkeit oder Interesselosigkeit** an diesem Versagen mit schuld gewesen sind. Gerade diejenigen Parteien, die schwere Last der Verantwortung getragen haben, litten besonders unter der Wahlenthaltung.

Frage: In welchem Lager wird nach Ihrer Auffassung, Herr Reichskanzler, diesmal die größte Zahl der Nichtwähler zu finden sein?

Antwort: Das ist schwer zu sagen. Ich habe aber die Hoffnung, daß die Erkenntnis der ungeheuren Wichtigkeit gerade dieses Wahlganges den hinter der Regierung stehenden Parteien einen beträchtlichen Zuzug aus dem Heer der Nichtwähler verschaffen wird. Die gegenwärtige Regierung hat, ohne daß ich mit dieser Feststellung zu scharfe Kritik an ihren Vorgängerinnen übte, positive Arbeit geleistet. Sie hat alle die Probleme angepackt, die in früheren Zeiten keine Lösung fanden, weil man sich nur ungern an **unpopuläre** Maßnahmen heranwagte. Wir haben das getan. **Ein Kranker muß wissen, was ihm fehlt,** damit er die Mittel anwenden kann, die zu seiner Gesundung führen. Das deutsche Volk hat ein Recht, die Wahrheit zu wissen, und ist auch reif genug, zu erfahren, wo Mißstände sind und wie sie beseitigt werden können.

Frage: Werden aber nicht gerade diese Regierungsmaßnahmen, Herr Reichskanzler, die Arbeit der hinter der Regierung stehenden Parteien erschweren?

Antwort: Das Gegenteil müßte der Fall sein, wenn man noch an einen politischen Instinkt des deutschen Volkes glauben darf. Die Maßnahmen der Reichsregierung erschweren nicht die Arbeit der hinter der Regierung stehenden Parteien, sondern **erleichtern** diese Arbeit. Wir hatten eine **Zerrüttung der Finanzen** vorgefunden, deren Ursachen weit zurückliegen. Die Regierung hat den Haushaltsplan in Ordnung gebracht, soweit dies in den gegenwärtigen Zeiten einer kaum dagewesenen Weltwirtschaftskrise überhaupt möglich war. Die qualvolle Sorge früherer Monate, ob die Verpflichtungen des Staates am Ende eines Monats überhaupt noch erfüllt werden können, besteht nicht mehr. Die Regierung hat Ordnung in die Staatsfinanzen gebracht, die es dem kommenden Reichstage ermöglicht, die bekannten **Reformvorschläge in Ruhe durchzuführen.**

Es ist gelungen, über eine Milliarde Mark durch das **Arbeitsbeschaffungsprogramm** zusätzlich der deutschen Wirtschaft zuzuführen. Dadurch wird hunderttausend Arbeitern Brot verschafft und dadurch teils Arbeitslosigkeit vermindert, teils ihr Anwachsen gehemmt. Durch ein großzügiges Programm, dessen Durchführung in bestem Gange ist, haben wir den **schwer leidenden Osten** wirkliche Hilfe angedeihen lassen. Wir haben nicht von Sparsamkeit geredet, aber wir haben **sparsame Haushaltsgestaltung in die Tat umgesetzt.** Sie haben vielleicht auch die gestrige Rede des Herrn Vizekanzlers **Dietrich** gelesen, wonach nach seinen vom Kabinett gebilligten Vorschlägen der in Vorbereitung befindliche Haushaltsplan 1931 eine **Ersparnis von über 300 Millionen** gegenüber dem Entwurf 1930 bringen wird.

Freilich! **Wir haben manchem weh tun müssen, aber wir haben der Gesamtheit geholfen** und das Vertrauen im Auslande in die deutsche Wirtschaft und zur deutschen Arbeit gestärkt. Der gesunde Sinn des Deutschen muß und wird erkennen, daß solche Maßnahmen die beste Grundlage und die erste Voraussetzung gesunder Verhältnisse in Staat und Wirtschaft sind.

Deswegen glaube ich auch, daß viele, die früher der Wahlurne ferngeblieben sind, weil sie immer wieder sehen mußten, daß zubiele Versprechungen nur Lockmittel für den Wahltag waren, dieses Mal **ihre Wahlpflicht erfüllen.**

Wir haben **nichts Unmögliches versprochen.** Wir fordern **jeden deutschen Staatsbürger** auf, über unsere Taten zu urteilen. Wir haben Wege in die nahe Zukunft gewiesen und keine Schönfärberei für die Gegenwart getrieben. Jeder muß sich entscheiden, ob er uns folgen will oder nicht. Der Wähler hat dieses Mal über bereits vollzogene Tatsachen zu entscheiden und nicht über Wechsel auf die Zukunft. Deswegen ist jeder, der nicht wählt, nicht nur verantwortungslos, sondern gewissenlos.

Frage: Glauben Sie, mit dem **kommenden Reichstag** Ihr Programm verwirklichen zu können?

Antwort: Die **Entscheidung** darüber liegt nicht bei mir und dem Reichskabinett, sie liegt **in der Hand des Wählers** am 14. September. Der wird darüber zu entscheiden haben, ob dieses in großen Umrissen gezeichnete Reformprogramm der Reichsregierung Wirklichkeit werden soll oder nicht. Ich vertraue darauf, daß eine große Stunde kein kleines Geschlecht finden wird. Ich vertraue auf **den gesunden staatsbürgerlichen Sinn des deutschen Volkes.** Die Entscheidung geht um Auflösung und Niedergang oder Gesundung und Wiederaufstieg. Wer dieser Entscheidung durch Fernbleiben von der Wahlurne ausweicht, der ist der Ehre, ein deutscher Staatsbürger zu sein, **nicht** wert. Näher als das Wahlrecht steht die Verpflichtung, von diesem Rechte Gebrauch zu machen.

Letzte Nachrichten

Ein Prozeß des früheren Kaisers

Gegen die „Berliner Morgenpost"

CNB. Berlin, 5. Sept. (Priv.-Tel.) Im Großen Schwurgerichtssaal in Moabit begann heute vor dem Einzelrichter der Prozeß, den der frühere Kaiser gegen den Chefredakteur der „Berliner Morgenpost", Mendel, wegen des bekannten Artikels angestrengt hatte, in dem dem Kaiser finanzielle Beteiligung an den Kruppwerken vorgeworfen worden war. Der Prozeß, der in der Öffentlichkeit großes Interesse hervorgerufen hat, hatte zahlreiche Zuhörer herbeigelockt, so daß der große Saal stark besetzt war.

Der verhandlungführende Richter, Amtsgerichtsrat **Bues**, bemühte sich, die Parteien zu einem Vergleich zu bewegen. Als jedoch die Vertreter des Klägers, die Rechtsanwälte **Bloch** und Dr. **Everling**, für diesen Fall einen völligen Widerruf verlangten, lehnten die Verteidiger des Chefredakteurs Mendel, Justizrat Mamroth und Rechtsanwalt Dr. Fabian, dies ab. Auch ein weiterer Vermittlungsvorschlag des Vorsitzenden, der dahin ging, daß jeder der Kläger einen Widerruf verlangen, noch der Beklagte von der Führung eines Wahrheitsbeweises sprechen dürfe, fand zunächst keine Zustimmung bei den Parteien. Im Verlauf der Rede und Gegenrede der Anwälte kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Justizrat Mamroth und Rechtsanwalt Bloch, der den Kläger „unser Kaiser" nannte, was Justizrat Mamroth beanstandete.

Der Lohnkampf in der Holzindustrie

WTB. **Berlin**, 5. Sept. (Tel.) Wie der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes mitteilt, sind die **Lohnschiedssprüche** vom 22. August 1930 für die am Manteltarif für das Holzgewerbe beteiligten Bezirke von dem **Arbeitgeberverband abgelehnt** worden mit der Begründung, daß eine Wiederinkraftsetzung der vor dem 1. August d. J. gültig gewesenen tariflichen Ecklöhne, persönlichen Stundenlöhne und Akkordtarife, wie sie die Entscheidung ab 1. September d. J. vorsah, den außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen der Betriebe des holzverarbeitenden Gewerbes in keiner Weise gerecht würden.

Aeußerst gespannte Lage in Buenos Aires

Irigoyen zum Rücktritt aufgefordert

WTB. New York, 5. Sept. (Tel.) Associated Preß meldet aus Buenos Aires, daß eine gestern spät abends gegen die Regierung gerichtete Demonstration von Studenten in der Hauptstraße 5 de Mayo wiederholt Ruhestörungen verursachte. Etwa 30 Studenten und Polizisten wurden dabei verwundet und zwei Personen getötet. Auch in anderen Stadtteilen kam es zu Tumulten, bei denen geschossen wurde.

Während der Kabinettssitzung versuchten etwa 2000 Studenten den Regierungspalast zu erreichen, wurden jedoch nach mehrfachen Zusammenstößen mit Parteigängern Irigoyens von der Polizei zerstreut.

„La Nacion" erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß das Kabinett den Gesamtrücktritt angeboten und den Präsidenten gleichfalls zum Rücktritt aufgefordert hat. Präsident Irigoyen soll jedoch erneut den Rücktritt abgelehnt haben. Die Lage wird als äußerst gespannt geschildert. Die Theater sind geschlossen, die Straßen verlassen.

Eine Unterhausersatzwahl in **Bromley** (Kent) ergab folgendes Resultat: Campbell, konservativ, 12 782 Stimmen, Fordham, liberal, 11 176 Stimmen; Redwood Reichseinheitspartei 9483 Stimmen; Ashworth, Arbeiterpartei, 5842 Stimmen. Die Wahl war notwendig geworden durch den Hinschied des konservativen Obersten James, der seinerzeit mit 7077 Stimmen Mehrheit gewählt worden war. Dem jetzigen Wahlgang kam insofern besondere Bedeutung zu, weil zum erstenmal die **Reichseinheitspartei** an Parlamentswahlen teilnahm. Sie hat die Stimmabgabe der Konservativen zersplittert. Campbell ist gewählt.

Ein Terroristenprozeß in Triest. Vor einem faschistischen Sondergericht begann in Triest ein Prozeß gegen 18 slowenische und kroatische Studenten, dem weitere Prozesse folgen sollen. Die Südslawen sind angeklagt, eine geheime **Terrororganisation** gebildet zu haben, die Anschläge gegen Faschisten, Militärpersonen, öffentliche Anstalten plante und durchführte, sowie in einigen Fällen auch Spionage zugunsten Belgrads betrieben haben soll. Nach einer italienischen Meldung gab der Angeklagte **Spanger** zu, einen chiffrierten Auftrag erhalten zu haben. Die Aussagen ergaben ferner, daß antifaschistische Flugschriften auch von Emigrantenkreisen in Paris zur Verteilung geschickt worden sind.

Wirtschaftliche Umschau

Kohlenpreis und Bergarbeiterlöhne — Zement, Linoleum, Eisen — Um die Rohstahlgemeinschaft

Es ist ohne weiteres ersichtlich, daß eine fühlbare **Senkung der Kohlenpreise** ein wichtiger Faktor zur Belebung der Wirtschaft würde. Der Ruhrzechenverband gibt nun selbst zu, daß eine solche Preissenkung kommen muß, sowohl im Hinblick auf die ausländische Konkurrenz wie den Zusammenbruch des Preisgebäudes der Eisensyndikate. Nachdem vom Ruhrbergbau das am 30. September ablaufende Lohnabkommen gekündigt worden ist, haben am gestrigen Donnerstag in Essen unter dem Vorsitz des Schlichters Verhandlungen über die Neugestaltung des Lohntarifes stattgefunden. Sie sind **ergebnislos** geblieben, und ein von den Zechen bereits abgelehnter **Schiedsspruch** soll, wie an anderer Stelle mitgeteilt, zunächst eine kurzfristige Verlängerung des bestehenden Lohntarifs bis Ende des Jahres bringen. Bei den Verhandlungen ging es um die Frage, ob die Preissenkung nur auf Grund von Lohnermäßigung oder ohne eine solche stattfinden könne. Die Verhandlungen gingen dabei hauptsächlich um den Anteil der Löhne an der Produktion, wobei die größte Schwierigkeit darin liegt, ob die seit drei Jahren um 15,8 Proz. gestiegene Zunahme der Schichtleistung auch auf tatsächliche Leistungssteigerung der Grubenarbeiter oder lediglich auf die verbesserten Einrichtungen zurückzuführen ist. Die Zechen errechneten bei dem gegenwärtigen Lohntarif einen Verlust von 1,50 *RM* pro Tonne, während die Gewerkschaften behaupteten, daß ein Reingewinn von 5 *RM* pro Tonne sich ergebe und deshalb sofortige Preissenkung ohne Lohnsenkung möglich sei.

Die Gewerkschaften weisen darauf hin, daß die Ruhrlöhne niedriger seien als die in dem wichtigsten Konkurrenzland England, und daß die Arbeiter auch durch die vielen Feierschichten einen ganz erheblichen Verdienstausfall erleiden. Demgegenüber verweisen die Zechen auf das Anwachsen der auf den Halden liegenden Vorräte und auf die Tatsache, daß trotz der umfangreichen Feierschichten und Entlassungen augenblicklich fast die gesamte Förderung auf die Halden gehe. Ferner seien 1928 trotz des Gutachtens der paritätisch zusammengesetzten Schmalenbachkommission, während gleichzeitig in England die Löhne ermäßigt wurden, diese im Ruhrgebiet durch Schiedsspruch aus politischen Gründen heraufgesetzt worden. Mit Einschluß der Arbeitgeberbeiträge für die deutsche Sozialversicherung sei der Verdienst des deutschen Kohlenarbeiters höher als der des englischen. Dabei sei der deutsche Lebenshaltungsindex niedriger. In Holland trete ab 1. September ein fünfprozentiger Lohnabbau ein. Im Ruhrbergbau könnten durch Lohnabbau die Feierschichten und die Arbeitslosigkeit vermindert werden.

Die Frage der Kohlenpreise ist übrigens nicht nur eine solche der Löhne, obwohl sie (1927) 62,9 Proz. der gesamten Grubenkosten ohne Abschreibungen ausmachen, sondern auch der Kosten des Transports und der Gewinne des Handels. Die englischen Preisunterbietungen haben es außerdem bereits zuwege gebracht, daß die offiziellen Syndikatspreise nur für etwa ein Viertel des Gesamtabsatzes behauptet werden konnten. Gerade an der Kohlenpreisfrage wird die Preissenkungsaktion der Reichsregierung trotz der besonderen hier sich zeigenden Schwierigkeiten nicht vorbeigehen können, denn es handelt sich um den wichtigsten Rohstoff der Wirtschaft.

*

Bei den Verhandlungen der Reichsstellen mit den Zementverbänden, dem Linoleumtrust und dem Stahlwerksverband ging es zunächst um einen Sonderrabatt für das sog. zusätzliche Beschaffungsprogramm von Reichsbahn und Reichspost und außerdem um **allgemeine** Preisermäßigungen, wobei der Reichswirtschaftsrat bekanntlich gutachtlich mitwirkt. Die **Zementkartelle** haben Preisermäßigungen für das Beschaffungsprogramm nach anfänglichem Sträuben zugesagt (es handelt sich etwa um 50 000 Waggons), die somit jedoch nur gegenüber der öffentlichen Hand, nicht gegenüber der privaten Abnehmerschaft gelten. Wegen einer allgemeinen Zementpreisermäßigung wird am heutigen Freitag mit den Zementkartellen verhandelt, die von Außenseitern bereits übrigens schon wirksam unterboten wurden. Der Absatz des Süddeutschen Zementverbandes liegt augenblicklich etwa 25 Proz. unter dem des Vorjahres, zumal die Kundschaft angesichts möglicher Preisermäßigungen zurückhält. Der Ver-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

band weist darauf hin, daß er seine Preise im letzten Halbjahr mehrfach ermäßigt habe, bei der Reichsbahn jeweils um etwa 20 Proz., nach den einzelnen Gebieten für je 10 Tonnen z. B. für Freiburg auf 460 (gegenüber 540), Karlsruhe 540 (gegenüber 560), Mannheim 534 (gegenüber 544) *RM*.

Der **Linoleumtrust** will die dem Handel auferlegten Preisbindungen ganz aufheben und hat außerdem die Fabrikpreise ab 1. September auf den Stand von 1929 wieder gesenkt, somit wenigstens die inzwischen eingetretenen Preiserhöhungen wieder beseitigt. Gegen eine weitere allgemeine Preisermäßigung sträubt er sich noch, ebenso wie die Zementverbände, die ja auf die letzten Preisermäßigungen hinweisen. Der Reichspost sind Preisermäßigungen für Linoleum zugestanden worden, nachdem sie gedroht hatte, einen anderen Bodenbelag zu verwenden.

Bei den Verhandlungen mit dem **Stahlwerksverband** erreichte das Reichswirtschaftsministerium zunächst für das Beschaffungsprogramm der Reichsbahn eine Senkung der Preise für Schienen und eiserne Schwellen, verlangt aber auch für alle übrigen Eisensorten Preissenkungen, die u. a. beim Fahrzeugbau von großer Bedeutung sind. Es wird abzuwarten sein, welche Folgen im ferneren die weiter unten geschilderte Entwicklung auf dem internationalen Eisenmarkt für die Gestaltung der deutschen Inlandpreise haben wird. In der Notverordnung hat sich die Reichsregierung bekanntlich auch das Recht gesichert, zwangsweise gegen die Preisgestaltung der Kartelle vorzugehen. Hinreichende Preissenkungen, die ohne derartige Eingriffe zustande kommen, sind natürlich vorzuziehen.

*

Die 1926 zustande gekommene **Internationale Rohstahlgemeinschaft,** welche die Schwerindustrien Deutschlands, Frankreichs und Belgiens zusammenfaßt, scheint in vollem Verfall, wenn auch in der nächsten Woche in Lüttich aufs neue versucht werden soll, sie für einige Monate provisorisch fortzuführen, um sie vielleicht innerhalb dieser Zeit auf der Grundlage strafferer Unterverbände umzubilden und wieder lebensfähig zu machen. Man hat immer mehr Produkte aus den Preisabmachungen hinausnehmen müssen, um die Gemeinschaft zusammenzuhalten. Die J. R. G. stellt einen Versuch der Rationalisierung und Zusammenarbeit der **kontinentalen Eisenproduktion** dar. Außer Preisabmachungen wurden **Mengenabmachungen** getroffen. Es waren den Industrien der beteiligten Länder bestimmte **Exportquoten** vorgeschrieben, bei deren Überschreitung sie an die Gemeinschaft vereinbarte Ausgleichszuschläge zu leisten hatten, die den weniger produzierenden Industrien anderer Länder zugute kamen. Solche Entschädigungen hat Deutschland früher in erheblichem Umfang bezahlen müssen, nachdem die deutsche Industrie sich mit einer starken Einschränkung ihrer Exportquoten einverstanden erklärt hatte, während die Gruppen der übrigen Länder im Vergleich zu ihrer Produktionsstärke erheblich besser gefahren waren. Durch ihren Verzicht auf Ausnutzung ihrer absoluten Produktionsfähigkeit konnte aber die deutsche Eisenindustrie, die vorher unter den Preisunterbietungen des Auslandes zu leiden hatte, im Inland ein Monopol auf die Preise ausüben.

Die J. R. G. sollte eine Konsolidierung des internationalen Eisenmarktes herbeiführen. Sie droht ein Opfer der heutigen Krisenlage zu werden, da die weiter weichenden Weltmarktpreise, die Überproduktion und der Absatzrückgang sich stärker als die getroffenen Abmachungen erweisen und nun eher ein Hemmschuh als ein Mittel zur Gesundung scheinen. Zuletzt sind die Preise für Halbzeug und Träger freigegeben worden. Man will zwar weiter die Mengenkontrolle aufrechterhalten, es wird sich aber zeigen, ob dies möglich ist. Jedenfalls hat die deutsche Gruppe, die in dieser Vertragsperiode die Exportquoten nicht erreichte, also Anspruch auf Ausgleichszahlungen hat, davon noch nichts erhalten.

Was die **Preisentwicklung in Deutschland** anlangt, so bestehen freilich noch die Gebietsschutzabkommen, die sich jedoch nicht als voll wirksam erwiesen haben, wie die Preisunterbietungen für Träger und ihre Lieferung nach Deutschland durch belgische Werke zeigten, die kürzlich im Preußischen Landtag Gegenstand einer Anfrage waren. Dabei haben die deutschnationalen Interpellanten verlangt, daß die behördlichen Stellen auf ausländische Bezüge verzichten, auch wenn diese wesentlich billiger seien. Schon angesichts der aus sehr triftigen volkswirtschaftlichen Gründen von der Reichsregierung eingeleiteten Aktion des Preisabbaus wird ein derartiger genereller Verzicht auf Möglichkeiten, einen Druck auf die deutschen Eisenproduzenten auszuüben, nicht ausgesprochen werden können. Die Schwerindustrie hat durch die hochgehaltenen Inlandpreise lange Jahre einen Ausgleich für ihre Zahlungen an die J. R. G. bei Überschreitungen ihrer Exportquote erhalten.

Sie muß nun Wege suchen, im Inland- und Auslandgeschäft trotz der gesunkenen Weltpreise ihre Produktion aufrechtzuerhalten, ohne daß die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Fertigindustrie, der Baumarkt usw. die Kosten dafür zu bezahlen haben. Gerade dadurch, daß der Weltmarkt nun wieder frei wird, haben die deutschen Werke, die ja meist stark durchrationalisiert sind und hervorragende Qualitäten herstellen, neue Möglichkeiten. Einer Verlängerung der J. R. G. in ihrer jetzigen Form werden sie auch bei der heutigen Entwicklung der Weltpreise und der allgemeinen Wirtschaftslage kaum zustimmen können.

***

Der Reichsfinanzminister in Mannheim

Die Finanzpläne der Reichsregierung

In einer von etwa 6000 Personen besuchten **Wahlversammlung** der **Staatspartei und der Deutschen Volkspartei** in **Mannheim,** nahm für die Staatspartei Reichsfinanzminister Dr. **Dietrich** das Wort. Er führte u. a. aus:

Der Kampf geht zunächst um die Aufrechterhaltung der Notverordnung. Der kommende Reichstag wird schwerlich in der Lage sein, die **Notverordnung** aufzuheben, oder auch nur erheblich zu ändern. Es ist auch von sozialdemokratischer Seite nur noch gesagt worden, man werde der Notverordnung „die Giftzähne ausziehen", ein Wort, das man je nach Bedarf auslegen kann. Eine Aufhebung der Notverordnung des Reichspräsidenten würde Unordnung in der Kasse des Reiches und Sperrung der Finanzen in den Gemeinden bedeuten.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

belastet den Etat voranschlagsmäßig mit 740 Millionen, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß diese Summe nicht reichen wird. Auch die jetzige Summe von 1,6 Millionen Hauptunterstützungsempfängern, einigen 100 000 Krisenunterstützten und etwa ebensoviel Wohlfahrtsunterstützten ist gewiß beängstigend, aber eine Aufgliederung ergibt, daß sich unter den Unterstützten eine große Menge beruflicher Arbeitsloser befindet, die dieses Jahr auch im Sommer, also während der **Saison,** beschäftigungslos geblieben sind. Die Arbeitslosenversicherung leidet an dem Fehler, daß man diejenigen Berufe, die **berufsüblich** im Winter arbeitslos sind, zusammengeworfen hat mit allen denjenigen Gruppen in Industrie, Handwerk und Handel, die unter normalen Verhältnissen das ganze Jahr in Lohn und Brot stehen. In der Notverordnung ist vorgesehen, daß eine **anderweitige Beitragsfestsetzung** für diejenigen Gewerbe stattfindet, die eine saisonmäßige Arbeitslosigkeit haben.

Daß wir im vorigen Winter nahezu 120 000 Arbeitslose in der Landwirtschaft hatten, ist ein ebenso unhaltbarer Zustand wie der, daß über 600 000 Unterstützte im Baugewerbe den übrigen Arbeitslosen in der Beitragszahlung und Unterstützung vollkommen gleichgestellt werden. Es wird Sache der zuständigen Vollzugsorgane sein, hier im Interesse der wirklichen Arbeitslosigkeit durchzugreifen. Die endgültige Beseitigung der Arbeitslosigkeit kann nur kommen, aus einer **Belebung der Wirtschaft.**

Steuerreformen

Auch beim Finanzministerium muß Sparsamkeit geübt werden. Voraussetzung dafür ist Vereinfachung der Gesetzgebung und des Vollzugs. In dieses Kapitel gehört die Absicht, die **kleinen Vermögen bis zu 20 000** *RM* von der Vermögensteuer **freizumachen,** was einen Ausfall von 20 Millionen bringen wird, der zum großen Teil durch Verminderung der Verwaltungskosten gedeckt werden soll. Dahin gehört die Absicht, die **landwirtschaftliche Besteuerung zu vereinfachen,** die zum Teil gegenwärtig mehr Kosten verursacht, als sie einbringt. Der nächste Schritt besteht in dem Versuche, die Wirtschaft zu entlasten. Die **Realsteuern** haben in manchen Gegenden Deutschlands eine Höhe erreicht, die lebensfähige Betriebe zum Erliegen bringt, und so die Arbeitslosigkeit vermehrt. Da keine Möglichkeit besteht, eine Entlastung der Realsteuern im Etat selbst vorzunehmen, obwohl im nächsten Jahre große Ausgaben wegfallen, welche aber durch noch größeres Wegfallen von Einnahmen aufgezehrt werden, so bleibt nur ein Weg übrig, nämlich zu versuchen, **an den Realsteuern selbst zu ändern.**

Der Plan der Regierung geht darauf hinaus, den

Wohnungsbau

auf die Erbauung von **Zweizimmerwohnungen** mit Küche und auch ganz kleinen Wohnungen zu beschränken, um dadurch einen Teil der 800 Millionen Reichsmark, die hierfür Verwendung finden, freizumachen, und gerade die Erbauung von kleinen Wohnungen kommt dem Bedürfnis entgegen. Aber man wird sagen können, es wird nicht mehr so viel Geld verbaut, infolgedessen werden nicht mehr so viele Bauhandwerker benötigt. Dieser Einwand trifft zu, aber ich glaube, der hierdurch entstehende Schaden wird bei weitem aufgehoben dadurch, daß, wenn die Wirtschaft Luft verspürt, sie mehr Arbeitslose aufnehmen wird, als ihr durch das Baugewerbe anfallen. Außerdem scheint es aber, daß man Drei-, Vier- und Fünfzimmerwohnungen schon deswegen nicht mehr bauen darf, weil der Bedarf darin fast überall gedeckt ist.

Neue Steuern auszuschreiben, wie da und dort vorgeschlagen wird, halte ich für völlig aussichtslos. Vielleicht könnte man beim Tabak noch einige Hundert Millionen herausholen. Ich wende mich aber dagegen, ein Tabakmonopol zu machen.

In der Verlautbarung der Regierung ist aber auch die Frage des

Finanzausgleichs

angeschnitten. Ich bin der Letzte, der einem geordneten Gemeindewesen in seine Finanzgebarung hineinreden will und habe bewußt den umgekehrten Weg betreten. Die Reichsregierung geht aufs Ganze, und der neue Reichstag wird einige Monate Zeit brauchen, um sich mit diesen Dingen zu beschäftigen. Er wird aber nicht die Möglichkeit haben, dieses große Problem unerledigt liegen zu lassen. Wir haben **Luft auf einige Monate.** Auf **lange Sicht** gesehen, ist die Lage **schwieriger.** Kein glücklicher Zufall wird uns diesesmal helfen. Es steht nicht das Interesse der einen oder anderen Gruppe auf dem Spiele, sondern das Interesse des ganzen Volkes. Die **Wahnsinnstaktik,** man könne einfach dadurch helfen, daß man die Reparationszahlungen einstellt, **verdient** keine Erörterung. Wir sind nicht der alleinige Schuldner.

Das Handelsvertragssystem,

wie wir es besitzen, muß aufrechterhalten bleiben, und ich begrüße es, daß es nach langen und schwierigen Verhandlungen gelungen ist, mit Finnland zu einem neuen Abkommen zu gelangen, ohne daß der bestehende Vertrag gekündigt werden muß. Im übrigen ist durch die Kabinettssitzung am Mittwoch die **Außenpolitik** der Regierung noch einmal klargestellt und festgelegt worden. Das Kabinett Brüning hat keine Lust, sich zu irgendwelchen Abenteuern verleiten zu lassen. Ich möchte gerade hier an der Grenze dem Wunsche und der Hoffnung Ausdruck geben, daß nun endlich die Nervosität überhaupt aufhört, und daß man endlich begreift, daß selbst, wenn die Regierung unfähig genug wäre, Konflikte heraufzubeschwören, die Völker dazu keine Neigung haben.

Der Sinn des Wahlkampfes

ist nicht nur in dieser sachlichen Auseinandersetzung zu sehen. Der Kampf geht diesmal tiefer. Es geht darum, wie weit die **bürgerlichen Elemente** imstande sind, dem heutigen Staate starke und staatswillige Parteien zur Verfügung zu stellen, ohne die das parlamentarische System nicht bestehen kann. Da die klassenbewußte Arbeiterschaft in der **Sozialdemokratie,** gestützt auf die Macht der Gewerkschaften, ein gewaltiges politisches Instrument besitzt, und das **Zentrum** über alle sozialen Gegensätze hinweg durch den konfessionellen Kitt zusammengehalten wird, sind die Bürgerlichen mit allem, was sich dazu rechnet, parteipolitisch trostlos zersplittert. Es geht darum, Parteien zu bilden, die den heutigen Staat, als die Grundlage ihrer Arbeit, und seinen vernünftigen Ausbau als den Gegenstand ihrer Politik betrachten.

Die Staatspartei

der ich angehöre, will den Kampf um den Staat [illegible] dergrund stellen, den Kampf der Interessentengruppen aber zurückdrängen. Wir verwerfen deswegen die **haßerfüllten Methoden,** die eines anständigen Bürgers unwürdig sind, mit denen einzelne Gruppen den Kampf gegeneinander zu führen begonnen haben. **Einen verheißungsvollen Anfang der Verständigung haben wir in Baden** gemacht. Er wird auch für die Politik unserer engeren Heimat gute Früchte tragen insofern, als der Einfluß der von uns vertretenen Elemente im badischen Staat, der leider völlig verloren gegangen war, wieder stärker wird. Ich rechne in die Gruppen, die sich eines Tages zusammenfinden müssen, nicht nur die Volkspartei und unsere Partei, sondern auch diejenigen, die heute der Wirtschaftspartei anhängen.

Wenn von jener Seite gerade gegen die **Staatspartei** zum Teil in unerhörter Weise vorgegangen und gerufen wird, man müsse das **Hindenburgprogramm** vertreten, so darf ich bei aller Bescheidenheit darauf aufmerksam machen, daß dieses Programm im wesentlichen **von mir gemacht** ist. Im übrigen glaube ich mich einig mit den Angehörigen der Volkspartei darin, daß wir alle auf dem Boden des heutigen Staates um dessen Politik, Kultur, Wirtschaft und sozialen Ausbau zu kämpfen entschlossen sind.

Wir halten über die sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze hinaus

jeden Deutschen für berufen, mitzuarbeiten

an einer neuen Zukunft unseres Volkes, und wir sehen deswegen in ihm in erster Linie nicht den politischen Gegner, sondern den Mitbürger, und wir rufen gerade diejenigen, die, verärgert über das Partei- und Interessengezänke sich zurückgezogen haben aus dem öffentlichen Leben, die aber die notwendigen Elemente des Aufbaues sind, auf, einzutreten in die Linien derer, die bereit sind, unseren Staat, unser Reich über alle Interessengegensätze hinaus zu vertreten und zu festigen, als die Grundlage unserer eigenen Existenz und die Voraussetzung der Zukunft unseres Landes.

Die Versammlung spendete der Rede des Reichsfinanzministers wiederholt lebhaften Beifall.

Nach dem Reichsminister ergriff der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei der Pfalz, Abg. **Burger,** das Wort an Stelle des am Erscheinen verhinderten Führers der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz. Die Versammlung wurde mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes geschlossen.

Der Minderheitenkongreß in Genf

Gegen Briands Paneuropa

Der in Genf zusammengetretene 6. Kongreß der nationalen Minderheiten beschäftigte sich am Donnerstag mit den europäischen Einigungsbestrebungen und Briands Plan. **Briands Pläne** erfuhren **eine Ablehnung auf der ganzen** Linie.

Der Führer der Deutschen in Ostoberschlesien, Abg. **Ulitz,** betonte in seinem ausführlichen Referat die grundsätzliche Zustimmung der Minderheiten zu dem Gedanken eines europäischen Staatenbundes. Der Plan Briands enthalte aber eine große Lücke, da er nur Staaten kenne und nicht **die Völker als Völker.** Wenn Briand in seinem Memorandum betone, daß die Zeit günstig sei, zeige er damit einen Optimismus, der im Hinblick auf gewisse Vorfälle vielleicht nicht ganz begründet sei. Wenn in einzelnen Staaten die Erörterung der **Anschlußfrage** als Kriegsgrund angesehen werde, so spreche das gegen den Grundsatz der **Gleichberechtigung** der Völker. So lange es Staatengruppierungen gebe, die ihre deutliche Spitze gegen andere europäische Staaten richten, könne man wohl sagen, daß die Staatsmänner Europas vom Flügelschlag der neuen Zeit noch nicht berührt seien. Der **Assimilationstheorie,** die **Poincaré** vertrat, würden die Minderheiten ihren unbeugsamen Lebenswillen gegenüberstellen. Herrn Briand müsse man zurufen, nicht nur französisch zu denken, **indem** er **Staat** und Volk gleichsetzt, sondern europäisch. Der jetzt eingeschlagene Weg führe noch nicht zum Ziele. Das Ziel müsse sein: Der Friede Europas auf der Grundlage des **Friedens** unter den europäischen **Völkern.**

Die Rede wurde von der Versammlung wiederholt **mit** großem Beifall aufgenommen.

Der ungarische Minderheitenvertreter **Jaroß** erklärte, daß das jetzige „französische Europa" durch die Staatenföderation mit allen seinen Grundfehlern und Belastungen in die Zukunft hinübergerettet werden solle. — Der ungarische Vertreter **Szyllö** sagte, man hätte wohl in Amerika die Vereinigten Staaten schaffen können, weil man dort ein Land ohne geschichtliche Tradition angetroffen habe; man werde etwas ähnliches in Zentraleuropa aber niemals zustande bringen.

Der jüdische Minderheitenvertreter **Robinson** (Kowno) versprach sich mehr Erfolg von einer Pazifistentagung der europäischen Generalstäbe, als von dem Versuch, eine europäische Staatenföderation zu schaffen, weil man dabei nicht wisse, ob der Paneuropäer stärker als der Pannationalist sein werde. Er warnte vor der Veröffentlichung der Lageberichte der Minderheiten, weil daraus manche Regierungen nur Anregungen dafür schöpfen würden, wie man die Minderheiten noch schlechter behandeln könnte.

Der Vertreter der katalanischen Minderheit, **Estelrich,** wandte sich gegen die endgültige **Annahme des** gegenwärtigen Statuts Europas, weil dies eine lächerliche Auflehnung gegen die historische Entwicklung der Völker sei. Zu dem Briand-Projekt, das die Frage der Minderheiten vollständig beiseite lasse, könnten die Minderheiten kein Vertrauen haben. Estelrich widmete in seiner Rede dem verstorbenen Reichsaußenminister Dr. **Stresemann,** der allzu früh sein Leben für den Frieden und die unvergänglichen Rechte der Völker geopfert habe, Worte des Gedenkens, und der Kongreß ehrte den Verstorbenen durch Erhebung von den Sitzen.

Es wurde eine **Entschließung** angenommen, in der festgestellt wird, daß die Verhältnisse der einzelnen Minderheiten in Europa noch immer nicht geregelt seien.

*

In der Sitzung des Kongresses forderte der bekannte flämische Abgeordnete Ward **Hermans** gemeinsam mit dem Vertreter der Wallonen, **Ruska,** die Zulassung zum Minderheitenkongreß als Vertreter der Wallonen und Flamen in Belgien. Vor der Sitzung hatten die beiden Vertreter mitgeteilt, daß sie die Absicht hätten, im Minderheitenkongreß die Forderungen wallonischer und flämischer Gruppen zu vertreten, wonach der **wallonische Teil Belgiens** an **Frankreich,** der flämische Teil **an Holland** und **Eupen-Malmedy an Deutschland** gegeben werden solle. Diese, von den flämischen und wallonischen Vertretern dargelegte Auffassung, würde nichts anderes als eine **Aufteilung Belgiens** bedeuten.

Die Zulassung der beiden Vertreter zum Minderheitenkongreß war jedoch nicht möglich, da die satzungsmäßige Anmeldung der flämischen und wallonischen Gruppe nicht erfolgt war.

Die Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau. Unter dem Vorsitz von Professor Brahn fällte in Essen am Donnerstag die Schlichterkommission für den Ruhrbergbau einen Schiedsspruch, der die bestehende Lohnordnung bis zum 31. Dezember 1930 verlängert. Wie der **Zechenverband** mitteilt, hat er den Schiedsspruch bereits in den Verhandlungen auch als Partei **abgelehnt.** Einigungsverhandlungen waren ergebnislos geblieben.

Der Deutsche Katholikentag 1930

Feierliches Glockengeläute von allen Türmen der reichgeschmückten Stadt **Münster i. W.** leitete den ersten Tag der 69. Generalversammlung der deutschen Katholiken ein.

Während im Theater der Stadt Münster das Große Welttheater von Calderon in mustergültiger Weise in Szene ging, nahm in den beiden Festhallen die **Eröffnungsversammlung** ihren Anfang. Nach einleitenden Chorliedern des Münster Lehrergesangvereins begrüßte der Präsident des Lokalkomitees, Oberregierungsrat **Engels**, die Versammlung.

Darauf entbot der Bischof von Münster, Dr. Johannes **Poggenburg**, der Versammlung Gruß und Willkommen. Die Generalversammlung in Münster wolle gleich ihren Vorgängern betonen, daß die deutschen Katholiken bei aller Treue zum deutschen Wesen und zur deutschen Einheit hinter keiner Nation zurückstehen wollen in der Bezeugung und Bewährung katholischen Glaubens und katholischen Sinnes. Die religiöse und sittliche Not der Zeit zeige, daß die Religion mitten in das Volk und die Schule hineingehöre.

Im Namen der preußischen Staatsregierung nahm Oberpräsident **Gronowski** das Wort und erinnerte daran, daß nun zum sechsten Male auf Westfalens Erde der Katholikentag tage. Die Ära des friedfertigen Zusammenarbeitens voll Vertrauen zwischen Kirche und Staat, begründet durch das Konkordat, sei eine Quelle des Lebens für das ganze Volk.

Graf **Neipperg** wurde zum 1. Präsidenten gewählt. In seiner Eröffnungsrede verwies Graf Neipperg einleitend auf die Jetztzeit düsterer wirtschaftlicher und geistiger Not. Wenn er unsere Zeit betrachte, fühle er sich 1500 Jahre zurückversetzt in die Tage des großen Heiligen Augustinus, wo das große römische Reich in seinen Grundfesten wankte. Wie wir, so erlebte Augustinus die Zersetzung alles Vergänglichen. Zum Gott erhoben war damals das eigene Ich. Der Zersetzung und dem Unglauben einst wie jetzt sei die Wahrheit entgegenzusetzen, daß der Mensch und seine Umwelt nur zu verstehen seien als Geschöpfe Gottes und nichts an dessen Stelle gesetzt werden könne. Wahrheit, die vereinigt sein müsse mit der Liebe, der liebenden Hingabe an die persönliche göttliche Wahrheit. Veritas, Caritas solle der Grundgedanke des Katholikentages in Münster sein.

Um den Doktortitel des Ministers Dr. Frick

Das demokratische „Jenaer Volksblatt" veröffentlicht einen Brief an Staatsminister Dr. **Frick**, der in der Frage gipfelt, wo, wann und mit welcher Arbeit haben Sie Ihre Doktorwürde erworben? Der offene Brief behauptet, im Bayerischen Staatshandbuch wäre Frick seit 1908 als „Dr. Wilhelm Frick" aufgeführt, im Reichsstaatshandbuch bezeichnet er sich selbst als Dr. jur., und an der gleichen Stelle gibt er an, daß er seinen Studien an den Universitäten Göttingen, Berlin und München oblag, ohne daß von einer dieser drei Universitäten eine Doktorarbeit von ihm dem Anfrager nachgewiesen werden konnte. Von der Weimarer Gauleitung der Nationalsozialisten wird dazu erklärt, daß es sich bei der Anfrage um eine reine Wahlagitation handele. Es sei wohl undenkbar, daß Dr. Frick jahrelang von der bayerischen Regierung in einer Stellung belassen worden wäre, wenn er zu Unrecht den akademischen Doktorgrad getragen hätte.

Frick hat auf die offiziellen Anfragen, die aus Weimar an ihn gerichtet worden sind, aus München telephonisch die Auskunft gegeben, daß er seine Doktorarbeit selbstverständlich gemacht habe, und zwar im Jahre 1901 über zwei juristische Themen. Allerdings sei es richtig, daß diese Arbeiten nicht gedruckt worden sind. Das sei deshalb nicht geschehen, weil zu jener Zeit die Drucklegung der Doktorarbeiten noch nicht vorgeschrieben war.

Die Jenaer Persönlichkeiten, von denen die Anfrage an Dr. Frick ausging, haben sich an die Heidelberger Universität gewandt, um eine Auskunft darüber zu bekommen, ob die Behauptungen des derzeitigen thüringischen Innenministers auf Wahrheit beruhen.

Die Orkankatastrophe auf den Antillen

hat sich als viel schwerer herausgestellt, als die ersten Meldungen erkennen ließen. Besonders schwer wurde die Insel Haiti heimgesucht, auf der bekanntlich zwei Negerrepubliken, Haiti und San Domingo, bestehen. Der schwerste Schaden wurde in der Hauptstadt **San Domingo** angerichtet. Die Stadt ist zum Teil zerstört. Die **Zahl der Toten wird auf 800** geschätzt, wozu noch zahlreiche Verletzte kommen. Auch auf anderen Inseln wurden große Verwüstungen angerichtet.

Nach einem Funkspruch hat die Flugzeugaufklärung ergeben, daß ungefähr **drei Viertel der Gebäude der Stadt** San Domingo **zerstört** und der Rest stark beschädigt ist. Auch aus der Umgebung werden große Sturmschäden gemeldet. Auf der kleinen englischen Insel Dominica der Antillengruppe kamen über 20 Personen um.

*

WTB. **New York**, 5. Sept. (Tel.) Nach den immer noch spärlich einlaufenden Nachrichten aus **San Domingo verschlimmern** sich trotz aller Hilfeleistung aus der unmittelbaren Nachbarschaft und der umfassenden Hilfsaktion des amerikanischen Roten Kreuzes **die Zustände von Stunde zu Stunde**. Es fehlt bereits an Wasser und Licht, das Hilfswerk muß daher in der Dunkelheit fortgesetzt werden. Auch zu **Plünderungen** ist es schon gekommen, und erste Anzeichen ausbrechender **Epidemien** machen sich bemerkbar. In den Gefängnissen und Irrenhäusern gelang es den meisten Insassen, aus den Zellen zu entkommen. Nachdem der Wirbelsturm in den Bergen von San Domingo den größten Teil seiner Intensität verloren hat, hält das Wetterbüro die Küste von **Florida** für nicht mehr gefährdet. Auch das Observatorium von **Havana** rechnet nicht damit, daß der Wirbelsturm Kuba noch erreicht.

Das **Katapultflugzeug** des Schnelldampfers **„Bremen"** vom Norddeutschen Lloyd, das 1100 Kilometer von New York entfernt startete, traf 15 Stunden früher als der Dampfer in New York ein.

Im **Reichelsdorfer Eisenbahnerprozeß** hat das Schöffengericht **Nürnberg** nach dreitägiger Verhandlung den Fahrdienstleiter **Linhuber** aus Reichelsdorf und den Lokomotivführer **Maurer** (München), die beschuldigt waren, am 14. Oktober 1929 infolge Fahrlässigkeit den Tod von fünf Menschen und Körperverletzung von 61 Personen herbeigeführt zu haben, zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Das **vermißte österreichische Verkehrsflugzeug** ist schwer beschädigt am Osthang des **Krottenkopfmassivs**, nördlich von Partenkirchen (Oberbayern) gesichtet worden. Bergungsexpeditionen sind abgegangen. Das auf der Suche nach dem vermißten befindliche Flugzeug konnte nur die beiden Tragflächen erkennen. Von dem Rumpf sah man nur noch eine verbrannte und verkohlte Masse. Der Führer, Major **Stoisavljevich** wurde tot aufgefunden.

Jack Diamond beabsichtigt, wie aus **Hamburg** gemeldet wird, da die Passagierschiffe der großen Schiffahrtsgesellschaften zur Zeit voll besetzt sind, mit einem **Frachtdampfer** nach den USA. zurückzukehren. Die Abreise hängt davon ab, wann ein Frachtdampfer fährt. Auch ist vorläufig nicht bekannt, ob die Reise von Bremen oder von Hamburg aus angetreten wird.

Kurze Nachrichten

Die Münchener Polizei verbietet Versammlungen unter freiem Himmel. Die Polizeidirektion hat auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung Versammlungen unter freiem Himmel, insbesondere Umzüge, Aufmärsche und Propagandafahrten von politischen Vereinigungen oder Schutzeinrichtungen solcher Vereinigungen vom 5. bis 16. September in ganz München verboten.

Die „Mixed Claims-Commission", die über die Schadenersatzforderungen entscheiden soll, die amerikanische Unternehmungen an die deutsche Regierung wegen angeblicher Zerstörung amerikanischer Werte durch deutsche Agenten während des Krieges stellen, wird demnächst in **Hamburg** zusammentreten. Die Schlußverhandlungen werden am 18. September im Friedenspalast im Haag beginnen. Dann wird die Kommission die weitere Tagung der Beschleunigung halber nach Hamburg verlegen. Man rechnet damit, daß die noch unerledigten 300 Prozesse von geringerer Bedeutung dann ihre Erledigung finden werden.

Unwahre Behauptungen gegen den Kreuzer „Karlsruhe". In der ausländischen Presse werden Behauptungen verbreitet, daß die Bevölkerung von Kapstadt durch Schießübungen des Kreuzers „Karlsruhe" vor Kapstadt, von denen sie nichts gewußt habe, gestört worden sei und nicht habe schlafen können, und daß sie sich über diese Übungen beschwert habe. Wie wir hierzu erfahren, ist den englischen Behörden von den Übungen vorher Mitteilung gemacht worden. Auch die Bevölkerung war unterrichtet. Die britischen Behörden haben die Übungen sogar durch Aufstellen von Scheiben und ähnlichem unterstützt. Die erwähnte Behauptung ausländischer Blätter mußte widerrufen werden.

Preußen und die evangelische Kirche. Die Mitteilungen an die Presse, daß die Verhandlungen mit den evangelischen Landeskirchen von der preußischen Regierung verschleppt werden, bezeichnet der Amtl. Preuß. Pressedienst als falsch.

Der Oppelner Theaterprozeß. Die Berufung in dem großen Prozeß wegen Störung einer polnischen Theatervorstellung ist nunmehr von sämtlichen Beteiligten zurückgezogen worden, so daß eine Berufungsverhandlung nicht mehr stattfindet. Das am 12. Oktober vorigen Jahres verkündete Urteil lautete gegen einen Angeklagten auf 8 Monate, gegen andere Angeklagte auf Strafen von 3 bis 6 Monaten und einer Geldstrafe.

Die Untersuchung des Kownoer Attentats hat ergeben, daß gegen den früheren Ministerpräsidenten **Woldemaras**, der anfangs nicht nur als geistiger, sondern auch als tatsächlicher Urheber des Anschlages bezeichnet wurde, keine belastenden Beweise gefunden werden konnten.

Die Sowjetregierung und der Lena-Goldfields-Spruch. Eine von der Sowjetbotschaft in London abgegebene Erklärung über die Zuerkennung von etwa 13 Millionen Pfund Sterling an Lena Goldfields durch den gestrigen Spruch des Schiedsgerichts besagte: Die Sowjetregierung erkennt die Rechtmäßigkeit des Gerichts nicht an, und es kann eine Zuerkennung von dieser Macht nicht erzwungen werden. Die Blätter betonen, daß jetzt die Frage entsteht, wie die Zuerkennung durchgedrückt werden kann, und wie eine englische Gesellschaft von einer auswärtigen Macht Bezahlung erhalten kann.

Staatsanzeiger

Rechnungsergebnis der Bad. Gebäudeversicherungsanstalt für das Jahr 1929.

Die vom Verwaltungsrat der Gebäudeversicherungsanstalt vorgelegte Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen der Anstalt für das Geschäftsjahr 1929 wird nachstehend gemäß § 65 Gebäudeversicherungsgesetz zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Karlsruhe, den 30. August 1930.

Der Minister des Innern:
J. Wittemann.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, sowie über das Vermögen der Gebäudeversicherungsanstalt für das Jahr 1929.

A. Einnahmen und Ausgaben.

Einnahmen	Soll RM	Soll Rpf	Hat RM	Hat Rpf	Rest RM	Rest Rpf
1. Rückstände aus früheren Jahren, sowie Kassenrest aus voriger Rechnung	2 291 463	84	1 650 567	35	640 896	49
2. Beiträge für 1928	8 814 755	23	8 655 523	68	159 231	55
3. Zinsen von angelegten Kapitalien	1 415 332	85	1 389 934	49	25 398	36
4. Ertrag aus Liegenschaften	28 941	50	28 784	25	157	25
5. Ersatz von Einschätzungskosten	60 876	40	53 558	94	7 317	46
6. Angelegte Kapitalien:						
a) aus früheren Jahren	17 096 859	56	1 220 356	99	15 876 502	57
b) vom laufenden Jahre	3 212 483	84	2 945 004	10	267 479	74
7. Aufgenommene Kapitalien	700 000	—	700 000	—	—	—
8. Kursgewinn	24 860	50	24 860	50	—	—
9. Für fremde Rechnung (Vorschüsse), sowie Berichtigung irriger Kassenbucheinträge	5 201 647	39	2 665 521	05	2 536 126	34
10. Verschiedene und zufällige Einnahmen, sowie Abgang von Ausgaberesten	73 381	77	73 268	82	112	95
Summe der Einnahmen	38 920 602	88	19 407 380	17	19 513 222	71

Ausgaben	Soll RM	Soll Rpf	Hat RM	Hat Rpf	Rest RM	Rest Rpf
1. Rückstände aus früheren Jahren ohne Entschädigungen	157 756	30	157 756	30	—	—
2. Kosten des Einzugs der Beiträge	347 293	13	347 282	02	11	11
3. Verwaltungsaufwand:						
a) persönlicher	217 228	79	217 228	79	—	—
b) sachlicher	56 761	48	56 761	48	—	—
4. Entschädigungen:						
a) aus früheren Jahren	4 540 738	56	2 864 644	14	1 676 094	42
b) vom laufenden Jahre	8 305 712	12	4 637 669	—	3 668 043	12
5. Schätzungskosten	668 646	40	668 629	90	16	50
6. Öffentliche Abgaben und andere Lasten	291 652	11	291 525	57	126	54
7. Bauunterhaltungskosten	7 996	11	7 996	11	—	—
8. Zinsen für Schuldkapitalien	12 707	66	12 707	66	—	—
9. Angelegte Kapitalien	3 171 993	16	3 171 993	16	—	—
10. Heimbezahlte Kapitalien	700 000	—	700 000	—	—	—
11. Für Versorgung der im Dienste der Anstalt stehenden Personen und deren Hinterbliebenen:						
a) aus früheren Jahren	144 984	38	—	—	144 984	38
b) vom laufenden Jahre	36 999	36	—	—	36 999	36
12. Für fremde Rechnung (Vorschüsse), sowie Berichtigung irriger Kassenbucheinträge	5 201 647	39	5 165 019	29	36 628	10
13. Kassenrest an künftige Rechnung	901 641	98	901 641	98	—	—
14. Verschiedene und zufällige Ausgaben, sowie Abgang von Einnahmeresten	206 524	77	206 524	77	—	—
Summe der Ausgaben	24 970 283	70	19 407 380	17	5 562 903	53
„ „ Einnahmen	38 920 602	88	19 407 380	17	19 513 222	71
Mithin Mehreinnahme	13 950 319	18	—	—	13 950 319	18

B. Darstellung des Vermögens- und Schuldenstandes.

		RM	Rpf	RM	Rpf
I. Vermögen:					
1. Liegenschaften		732 151	—		
2. Ausstehende Kapitalien		14 852 701	37		
3. Einnahmereste		230 330	40		
4. Kassenvorrat:					
a) auf lfd. Konto bei Banken	864 641,48 RM				
b) auf Postscheckkonto und Barvorrat	37 000,50 „	901 641	98		
5. Fahrnisse		122 610	83		
6. Ersatzforderungen an die Gebäudeeigentümer		9 059 817	—	25 899 252	58
II. Schulden:					
1. Zu leistende Entschädigungen		5 130 989	61		
2. Versorgungsfonds		181 983	74		
3. Ausgabereste (ohne Entschädigungen)		36 782	25	5 349 755	60
Reines Vermögen am 31. Dezember 1929				20 549 496	98
und zwar:					
a) Liegenschaften- und Fahrniswert		854 761	83		
b) Betriebs- und Ausgleichungsfonds		19 694 735	15		
Zusammen wie oben				20 549 496	98

In dem 19 694 735 RM 15 Rpf betragenden Betriebs- und Ausgleichungsfonds ist die erst im Jahre 1930 eingehende Umlage mit voraussichtlich 9 059 817 RM enthalten (O.-Z. I. 6), so daß das am 31. Dezember 1929 verfügbare Vermögen 10 634 918 RM 15 Rpf beträgt.

Unter den ausstehenden Kapitalien (O.-Z. I. 2) befinden sich Wertpapiere mit einem Anschaffungswert von 12 839 037 RM 68 Rpf und einem Kurswert am 31. Dezember 1929 von 12 015 592 RM 11 Rpf.

Karlsruhe, den 19. August 1930.

Der Verwaltungsrat der Gebäudeversicherungsanstalt
Arnold.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kleine Chronik

Ein **polnisches Militärflugzeug** französischer Konstruktion flog in einer **Warschauer** Vorstadt in die Seitenwand eines Hauses und geriet in Brand, wodurch beide Flieger nur als Leichen geborgen werden konnten. Überdies wurden durch herabtropfendes brennendes Benzin noch sechs Zivilpersonen verletzt. Auch ein kleines Wohnhaus, das sich unter dem brennenden Flugzeug befand, geriet in Brand.

Die **französischen Ozeanflieger** Costes und Bellonte sind Donnerstag morgen von New York mit ihrem Flugzeug „Fragezeichen" nach **Dallas** (Texas) abgeflogen, um zu versuchen, den von Oberst Easterwood gestifteten Preis von **5000 Pfund Sterling** zu gewinnen. Die 1900 Kilometer lagne Strecke mußte ohne Zwischenlandung zurückgelegt werden. Sie landeten um 5.29 Uhr nachm. in Dallas und haben damit den Preis gewonnen.

Auf dem amerikanischen Armeeflugfeld in **Mitchellfield** (Long Island) brach am Donnerstag Feuer aus und bedrohte eine Zeitlang die ganze Ansiedlung. Die Bewohner mußten durch Kanonenschüsse aufmerksam gemacht werden. Der Schaden wird auf über **300 000 Dollar** geschätzt.

Der indische Fluß **Bramaputra** ist in der Gegend von Newgong (Assam) über die Ufer getreten. Über **100 000 Personen** sind durch die Überschwemmung in Mitleidenschaft gezogen. Die Häuser stehen stellenweise vollkommen unter Wasser. Getreidevorräte und Vieh sind von den Wassermassen fortgeschwemmt.

Aus der Landeshauptstadt

Propagandawagen und Waffenmißbrauch. Wir weisen auf die bezirkspolizeiliche Anordnung von heute über die Benützung von sog. Propagandawagen bei der Reichstagswahl hin. Weiter machen wir auf § 3 Abs. 1 der VO. des Herrn Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung gegen Waffenmißbrauch vom 15. Juli 1930 aufmerksam, der lautet: „Wer gemeinsam mit anderen zu politischen Zwecken an öffentlichen Orten erscheint und dabei bewaffnet ist, wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft." Dieses Verbot gilt auch für die Inhaber von Waffenscheinen.

Falsche Rentenmarkscheine zu 100 RM. Der hessische Finanzminister bringt den hessischen staatlichen Kassenstellen eine Fälschung von 100-Rentenmark-Scheinen zur Kenntnis, die verstreut in Ostdeutschland festgestellt wurde. Das Papier ist etwas stärker als das der echten Scheine und fettig im Griff. Die Pflanzenfasern sind unter dem hauchdünnen Papier eingestreut, die echten sind in der Hauptsache grün, die falschen blau. Die Beschriftung ist in den größeren Schriftgraden erheblich dicker und kräftiger als auf den echten Scheinen und wirkt etwas verschmiert. Die Falschscheine tragen die Nummern A 5 260 406 und A 5 293 329.

Ab 1. September Herbstflugplan. Bei der Deutschen Lufthansa ist am 1. September der Herbstflugplan in Kraft getreten, der einige Streckeneinschränkungen gebracht hat und bis 31. Oktober gelten wird. Während die Ostseebäderlinie schon am 1. September eingestellt wurde, werden die Nordseebäderfluglinien nach den ost- und nordfriesischen Inseln noch bis 8. September beflogen. Am 1. Oktober fallen die Expreßlinie Berlin—Wien, am 15. Oktober die Strecken nach Moskau und Leningrad fort. Die Alpenstrecke München—Mailand wird noch während des Septembers beflogen.

Der Bau der Michelinwerke (Gummifabrikation) in Karlsruhe, der im Frühjahr dieses Jahres beginnen sollte, sich dann aber aus verschiedenen Gründen verzögerte — so daß man fälschlich schon von einer Aufgabe des Planes sprach —, ist nunmehr in Angriff genommen worden. Nachdem schon seit einigen Wochen die Vorarbeiten im Gange waren, ist jetzt mit den Fundierungsarbeiten begonnen worden. Die Bauarbeiten, die nunmehr einer großen Anzahl von Bauarbeitern Beschäftigung bringen werden, dürften etwa ein halbes Jahr beanspruchen.

Selbstmord eines Liebespaares. Donnerstag nachmittag gegen ½3 Uhr hat sich ein Liebespaar in der elterlichen Wohnung der Braut in **Rüppurr** durch Schüsse mit einem Walzenrevolver das Leben genommen. Es handelt sich um einen 26 Jahre alten Drogisten von hier und um eine 21 Jahre alte Haustochter aus Rüppurr. Die beiden scheinen die Tat nach gemeinsamem Entschluß ausgeführt zu haben, und zwar hat der junge Mann vermutlich zuerst seine Braut und dann sich selbst erschossen. Der Beweggrund ist zur Zeit noch nicht geklärt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das europäische Hochdruckgebiet hat sich nunmehr etwas nach Osten verlegt. Die Winde werden daher bei uns nach südlicherer Richtung dringen und wärmere Luft heranführen. Die starke nächtliche Ausstrahlung und Abkühlung, wie sie in letzter Zeit zu beobachten war, wird dabei nicht mehr so stark in Erscheinung treten. **Voraussage:** Fortdauer des heiteren, trockenen und tagsüber warmen Wetters, nachts milder.

Volkstümliche Platzmiete im Landestheater. Mit der Jahresplatzmiete sind so vielfache Vergünstigungen verbunden, wie billige Preise, Zahlungserleichterung in 10 Monatsraten, 15 Proz. Nachlaß auf Vorstellungen außer Miete, Umtauschkarte bei gelegentlicher Abhaltung vom Besuch der Mietvorstellung, Wahl zwischen festen und beweglichen Tagen. Die Staffelung der Platzmietepreise von 2,20 RM bis 4 RM je Vorstellung bietet einen weiten Spielraum für die Anpassung des für den Theaterbesuch ausgeworfenen Einkommenteils an die persönlichen Verhältnisse. Die billigen Preise gelten nur für eine volle Jahresplatzmiete mit 30 Vorstellungen. Nach Ablauf der ersten Vorstellungen treten nach den vertraglichen Bestimmungen Zuschläge ein. Die Verzögerung des Vertragsabschlusses zieht also eine Verteuerung des Mietpreises nach sich. Es ist deshalb baldiger Vertragsabschluß zu empfehlen. Auf die im Anzeigenteil dieser Nummer enthaltene Bekanntmachung des Landestheaters wird besonders hingewiesen.

Gemeinderundschau

Abgelehnter Voranschlag in Philippsburg. Die Gemeindevertretung hat den diesjährigen Voranschlag mit 30 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Frage der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die Wohlfahrtserwerbslosen, zumal Philippsburg eine Arbeitslosenziffer wie kein anderer Ort gleicher Größe aufweise.

Das Bruchsaler Belvedere. Der Stadtrat Bruchsal hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, das Belvedere im Stadtgarten renovieren zu lassen, falls das Finanzministerium den in Aussicht gestellten Zuschuß bewilligt. Das Belvedere, ein Wahrzeichen Bruchsals, steht unter Denkmalschutz und ist jetzt dem Verfall nahe. Es wurde dort eine Wasserburg von Balthasar Neumann erbaut, wo ein Netz von Wassersträngen zusammenfloß, deren Wasser in einem Reservoir gesammelt wurde. Darüber baute der Fürstbischof Hutten ein Schießhaus, das sog. Belvedere. In den 70er Jahren wurde es von der Stadt angekauft und 1902 umgebaut.

Das Renchtal wünscht in den kleinen Grenzverkehr einbezogen zu werden. Wie verlautet, ist das Bürgermeisteramt Oberkirch bei der zuständigen Stelle gleichfalls wegen Einbeziehung des Renchtales in den kleinen Grenzverkehr vorstellig geworden. Nach Lage der Verhältnisse müsse anerkannt werden, daß hier ein Bedürfnis und ganz besondere Verhältnisse vorlägen. Eine Ausnahmebewilligung erscheine hier gerechtfertigt.

Im Villinger Bürgerausschuß kam es bei der Vorlage einer **Biersteuerordnung** nach der Notverordnung zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die Vorlage wurde mit Mehrheit **abgelehnt.** Die übrigen Vorlagen wurden angenommen, so u. a. die Erweiterung des städtischen Bades für die Summe von 31 000 RM. Weiter wurden genehmigt das zusätzliche Wohnungsbauprogramm mit drei Häusern zu je acht Wohnungen mit einem Kostenaufwand von 150 000 RM, die Vornahme von Notstandsarbeiten mit 110 000 RM, sowie zwei kleinere Vorlagen.

Die Getränkesteuer in Lörrach. In der letzten Stadtratssitzung wurden die Gemeindebiersteuer und die Gemeindegetränkesteuer verhandelt. Dabei wurde beschlossen, dem Bürgerausschuß Vorlage zu machen, nach der für die Gemeindebiersteuer die durch Notverordnung des Reichspräsidenten festgesetzten Sätze von 2,50 bis 7,50 RM per Hektoliter, sowie eine Gemeindegetränkesteuer auf Wein und Branntwein mit einem Steuersatz von 12 Proz. (bei Schaumwein 25 Proz.) des Kleinverkaufspreises erhoben werden sollen.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Gernsbach,** 4. Sept. Um jeglichem Umsichgreifen der spinalen **Kinderlähmung** vorzubeugen, wird der Unterricht an den **Gernsbacher Schulen** vorläufig nicht aufgenommen. Auch ist den Schülern und Schülerinnen der Besuch öffentlicher Badeanstalten verboten worden.

DZ. **Lahr,** 4. Sept. Das Dienstmädchen **Ziebert** ließ sich mit dem um 2 Jahre jüngeren 17 Jahre alten Bäckerlehrling Otto **Läßle** auf der Strecke Freiburg—Offenburg vom **Nachtschnellzug überfahren.** Läßle wurde getötet. Die Verletzungen des Mädchens sind nicht lebensgefährlich. Es wurde von dem heranbrausenden Schnellzug zur Seite geschleudert und blieb bewußtlos liegen. Es mußte ihr der rechte Arm abgenommen werden.

DZ. **Triberg,** 4. Sept. Die **Aufräumungsarbeiten** am großen **Triberger Kehrtunnel** stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Es war eine Reihe von Fels- und Bergsprengungen nötig, um das Nachrutschen weiterer Massen zu verhindern. Die Gefahr von Nachstürzen ist damit endgültig beseitigt. Die Arbeiten werden doch noch einige Zeit in Anspruch nehmen, so daß erst in einigen Tagen mit der Wiederaufnahme des durchgehenden Verkehrs gerechnet werden kann.

bld. **Broggingen** (bei Emmendingen), 5. Sept. Das sieben Jahre alte Söhnchen des Landwirts Karl **Ziebold,** trat vor etwa 12 Tagen in einen **rostigen Nagel** und zog sich dadurch an der rechten Ferse eine Wunde zu. Die Wunde wurde verbunden und nach einigen Tagen war sie schön geheilt. Nach etwa acht Tagen aber zeigten sich Spuren von **Wundstarrkrampf,** und obwohl dann der Arzt sofort beigezogen wurde, wurde das Kind ein Opfer des **Todes.**

DZ. **Freiburg** i. Br., 4. Sept. Zur Vermeidung von Zusammenstößen politisch gegensätzlich eingestellter Bevölkerungskreise ist für die Zeit vom 10. bis 14. September für den Bereich des Amtsbezirks Freiburg ein **Demonstrationsverbot** erlassen worden. Das Verbot umfaßt Umzüge jeder Art, sei es zu Fuß oder unter Benützung von Kraftwagen, Fahrrädern oder anderen Gefährten und verbietet ausdrücklich die Benützung sogenannter Propagandawagen. Insbesondere werden alle geschlossenen An- und Abmärsche von und zu Versammlungen untersagt.

DZ. **Freiburg** i. Br., 4. Sept. In verschiedenen Orten **Oberbadens** sind die **Weinberge** schon zu Beginn des Septembers **geschlossen** worden, da die Reife beginnt. Die Führer des Weinbaues warnen jedoch davor, mit dem Herbsten allzufrüh zu beginnen.

bld. **Lörrach,** 5. Sept. Als der **Zirkus Sarrasani** sich mit 30 bis 40 Lastkraftwagen auf dem Wege nach Basel befand, löste sich bei der Talfahrt vom Bötzberg die Bremse eines Lastkraftwagens. Der Wagen sauste mit großer Geschwindigkeit den Berg hinunter und stieß im Dorfe Effingen mit voller Wucht gegen ein Wirtshaus, dessen eine Seitenwand in Mannshöhe eingedrückt wurde. Der Wagenführer Fels aus Kuntz (Kr. Trier) und der mitfahrende Hilfsarbeiter Reinh. Peter aus Zürich wurden **getötet.**

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	5. September Geld	5. September Brief	4. September Geld	4. September Brief
Amsterdam 100 G.	168.74	169.08	168.65	168.99
Kopenhagen 100 Kr.	112.22	112.44	112.15	112.37
Italien . . 100 L.	21.965	21.995	21.92	21.96
London . . 1 Pfd.	20.384	20.424	20.37	20.41
New York . 1 D.	4.1915	4.1995	4.187	4.195
Paris . . 100 Fr.	16.465	16.505	16.455	16.495
Schweiz . 100 Fr.	81.39	81.55	81.335	81.495
Wien 100 Schilling	59.22	59.34	59.16	59.31
Prag . . . 100 Kr.	12.441	12.461	12.427	12.447

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 3. September d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 85 sh ½ d bzw. für ein Gramm Feingold 32,8098 Pence.

Karlsruher Hafenverkehr im August

Im August 1930 war der Wasserstand für die Großschiffahrt von und nach Karlsruhe günstig. Gemessen am Pegel zu Maxau, schwankte der Wasserstand zwischen 630 Zentimeter zu Beginn des Monats, 565 Zentimeter am 15. und 507 Zentimeter am Ende des Monats, so daß keinerlei Schiffserleichterungen im ganzen Monat erforderlich waren.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im Berichtsmonat 81 Güterboote und 201 Schleppkähne angekommen, sowie 85 Güterboote und 204 Schleppkähne abgegangen. Der Güterbootsverkehr war somit im August stärker als im Juli, während die Zahl der angekommenen und der abgegangenen Schleppkähne hinter dem Verkehr des Vormonats etwas zurückblieb. Der **Gesamtverkehr** des Karlsruher Rheinhafens war im August 1930 rund 25 000 Tonnen kleiner als im Juli 1930 und rund 66 000 Tonnen **geringer** als im August 1929.

Mit den städtischen Motorbooten wurden im August 1930 149 Schüler und rund 1200 sonstige Personen befördert. Der gegenüber August 1929 zu verzeichnende Verkehrsrückgang ist hauptsächlich auf die unbeständige Witterung zurückzuführen.

Die Leipziger Messe hat ihren Abschluß gefunden. Von seiten der Aussteller durchweg ebenso reichlich beschickt, wie die vorjährige Herbstmesse, hat ihr Besuch durch 85 000 Einkäufer, darunter allein 12 000 Einkäufer aus dem Ausland, eigentlich die Erwartungen übertroffen. Über die unmittelbaren geschäftlichen Umsätze über den Meßstand hinaus hat die Herbstmesse dem gesamten europäischen Auslande einen in dieser Zeit ganz besonders wertvollen Beweis von der fabrikatorischen und technischen Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie gebracht. Der Besuch aus dem Auslande hat zu manchem geschäftlichen Anschluß geführt.

Warum Sorge um Herz und Nerven?

Trinken Sie den coffeinfreien und völlig unschädlichen KAFFEE HAG

Badisches Landestheater Karlsruhe

Mit Beginn des neuen Spieljahrs 14. September 1930:

NEUE PLATZMIETE

VORTEILE:

Fester Platz. Ermäßigung bis 40%. Bei höheren Preisen kein Aufschlag. Übertragbar. Umtauschmöglichkeit. Sondervorstellungen Nachlaß. Fester oder beweglicher Tag. Abwärtsgleit. Ratenzahlung.

Rasche Anmeldung empfehlenswert!

Auskunft: Kasse des Landestheaters
Telefonruf: LANDESTHEATER
K.558

Reichstagswahl 1930.

Auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung, des § 29 des Bad.Pol.Str.Ges.B. und des § 366 Ziff. 10 RStrGB. wird für die Zeit vom 6. bis einschl. 14. September 1930 für den Amtsbezirk Karlsruhe einschl. der Städte Karlsruhe und Durlach folgendes angeordnet:

§ 1.

Propagandawagen dürfen nur einzeln (in einem Abstand von mindestens 300 Metern) und nur in der Zeit von 11.30 Uhr vorm. bis 4.30 Uhr nachm. fahren und sich weder vor, noch während oder nach der Fahrt an einem Punkt sammeln.

Jeder Propagandawagen darf ferner nur innerhalb des Orts verkehren, in dem er die Fahrt beginnt; der Verkehr von Propagandawagen über Land nach anderen Orten ist untersagt.

Schul- und Fortbildungsschulpflichtigen ist die Teilnahme an Propagandafahrten untersagt.

Propagandawagen sind spätestens am Tage vor der Benützung unter Bezeichnung des Eigentümers, des Führers und einer für das Verhalten der Besatzung verantwortlichen Person, sowie der Nummer des Fahrzeugs, der Ortspolizeibehörde schriftlich zu bezeichnen.

§ 2.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Anordnung werden mit Haft bestraft. O.847

Karlsruhe, den 4. September 1930. O.-Z. 56

Badisches Bezirksamt.

Zurück!
Dr. W. Koellreutter
Facharzt für Hals-, Nasen-, Ohrenleiden, sowie Plastik u. Kosmetik für Nase u. Ohr
Hausbesuch nach telefonischer Verabredung
K.556

FORMULARE
u. sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert
G. BRAUN GMBH.
vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karl-Friedrich-Str. 14—18, Tel. 952—54

PORPHYRWERK DOSSENHEIM
HANS VATTER
DOSSENHEIM A.D. BERGSTR.
LIEFERT AUS SCHLOSS'U. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES
STRASSENBAU-MATERIAL

Nehmen Sie
bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung"

Druck G. Braun, Karlsruhe